

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Sachsen & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Verlag: G. B. Schmidt, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Zeit und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Postfach 10, Fernsprecher Nr. 25281. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Schäftsstelle: Postfach 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Schäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionslinie
30 Pf., die 90 mm breite Kompositionslinie 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben
40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenbelegung 10 Pf.

Nr. 5

Dresden, Donnerstag den 7. Januar 1926

37. Jahrg.

Frankfälscher und Frankfchlucker

„Das Jahr fängt gut an“. Können die Monarchisten von ganz Europa leuchten. 1925 schloß mit der Enthüllung der Goldkorruption unter Wilhelm II. 1926 beginnt gleich mit zwei monarchistischen Blasen: mit der Operette des rumänischen Kronprinzen-Liebhäbers und der Aufdeckung des sehr viel ernstere Banknotenfälscherbandes der ungarischen Königsräuber.

Das Charakteristische des ungarischen Falls ist nicht die Verwerflichkeit der Tat. Die Moral oder besser Immoral der Rechtsputzschästen ist in allen Ländern die gleiche. Nord, Weineid, Bestechung und Verrat sind den Herren nur Kinder spiel. Wir haben ja in Deutschland auch die blutigen Kapitel der Fremdenmorde, der Schwarzen Reichswehr, der Organisation Consul, der Kilderbanden und wie sie sonst heißen. Im allgemeinen verüben also die Rechtsradikalen ihre Schandtat nur dort, wo sie von der regierenden Macht des Landes oder von einer ihnen ergebenen Justiz gedeckt werden.

Eines der Länder, in denen es bisher keinerlei strafrechtliche Sühne für noch so schwere rechtsradikale Verbrechen gab, ist neben Rußland auch die ungarische Monarchie. Die Vandalenoffiziere, die wohlhabende Bürger zu Tode folterten, um Geld zu erpressen, ermordende Wajaren, die Bomben mitten unter friedliche Cafésauswärtiger warfen, laufen noch heutzutage in Ungarn frei und unbestraft herum.

Auch den Frankfälschern, deren Beziehungen bis in die höchsten Kreise, bis zum Reichsverweser Dorkhy reichen, wäre kein Haar gekrümmt worden, wenn sie nur gegen irgendwelche mißliebige Bürger des eigenen Landes, gegen Republikaner, Sozialisten oder Juden gewüthet hätten. Aber sie begingen, auf ihre hohe Protektion pochend, die Lohheit, den Vorn einer auswärtigen Großmacht, des geächteten Frankreichs, herauszufordern. Nun erwies sich in einem langen Klingen, das sich hinter den Kulissen abspielte, der außenpolitische Druck gegenüber dem innerpolitischen Schutz als das härtere Moment: Dorkhy, so gern er die ihm genehmigungswürdigen Fälscher gestützt hätte, mußte dem Ministerpräsidenten Bethlen freie Hand lassen. Mit dem Haupt der Fälscherbande, dem Fürsten Windischgrätz, fielen auch seine Helfershelfer bis hinauf zum Landespolizeichef Rodoff.

Unsere Deutschnationalen, die noch immer mit der Sache Barmat treiben möchten, können hier einmal lernen, wie ein wirklicher Staatskandal aussieht. Wie haben sie sich über jede ganz korrekte Beherrschung durch republikanische präventive Behörden monatlang erregt! Im Rückblick des Nationalismus, Ungarn, werden in einem Staatskriminalistik systematisch falsche Noten auswärtiger Staaten zu Millionenwerten angesetzt (Der Fälschung der französischen Franc ging eine Fälschung rumänischer Lei und auch tschechoslowakischer Kronen voraus). Um das geästete Geld im Ausland unterzubringen, stellt der Chef der Polizeibehörde solche Diplomatenbriefe aus, die zur Mitnahme verpackten Kuriergepäcks — nämlich, eine ganze Korona von hohen und höchsten Beamten, Minister, Magnaten und Notabeln wirkt an dem Millionenverbrechen mit und leistet ihre Helldienste. Der Staat ist zum Werk zeug einer Verbrecherbande, einer Kollaborationsorga nisation geworden — das ist das Ergebnis der hochgeheilten Diktatur! Unsere Diktaturschwämme aber wollen über „republikanische Korruption“ wütheln!

In dem vollen Bewußtsein, das die Königlich ungarische Regierung — Ungarn betrachtet sich befehlend als Monarchie — unter dem französischen Druck hat ablegen müssen, lautet die einzige Entschuldigungsmaßnahme, daß die Tat für „nationale“ Zweck, geschehen sei. Der nationale Zweck war offensichtlich ein von langer Hand vorbereiteter Ruch des Erzherzogs Albrecht und seiner Anhänger. Mittlerweile hat es allerdings den Anschein, daß der durch Spiel und Spekulation hiehergeschickte Fürst Windischgrätz in recht erheblichem Maße auch persönlich aus der Millionenfälschung zu profitieren hoffte. Ungenanntes „nationales Wollen“ und persönliches Gewinnstreben sind ja stets bei den Herren Rechtsputzschästen — auch in Deutschland — unlöslich miteinander verknüpft gewesen.

Man kann sich höchstens wundern, warum die ungarischen Rechtsputzschästen bei ihrer hohen Protektion nicht das erforderliche Geld einfach den Staatskassen oder öffentlichen Fonds entnommen haben. Nach der Wiener Arbeiterzeitung hieß es so aus, als ob ihnen dabei namentlich der analische Finanzkontrolleur im Wege gewesen ist.

Das gibt uns einen Wink für Deutschland. Wenn die deutschen Rechtsputzschästen bisher noch nicht auf den Gedanken verfallen sind, in großem Maße ausländisches Geld zu fälschen, so wohl hauptsächlich deshalb, weil ihnen bewaehere Geldquellen noch bis in die letzte Zeit hinein zur Verfügung gestanden haben. Mit dem die Landwirtschaft sowie die Geldbesitzer und Erhalter der Hochadambanden, hat doch ein Auktionsverkauf die Rememoranden zankt und denortlichen finanziert! Aber es soll auch staatliche sogenannte „Schwarze Fonds“ gegeben haben, aus denen auf direktem und indirektem Wege den Verbrechen Organisationen nicht unerschöpfliche Summen ausgehoben sind. Man könnte beispielsweise die Frage aufwerfen, wer eigentlich jene vom Reichswehrminister n als „National-

komunisten“ bezeichneten Fälscher, die im Oktober 1923 durchsucht und in Wirklichkeit Schwarze Reichswehr waren, monatlang bezahlt hat? Die Steigerung des Staats für Reichswehr und Marine von 1925 auf 1926 um 80 Millionen Mark hat beträchtliches Aufsehen erregt. Das Reichswehrministerium erklärt diese Steigerung lediglich aus der Steigerung der Gehälter und der Materialkosten. Aber der Reichstag hat alle Ursache, hier die schärfste Kontrolle auszuüben und über die Verwendung jeglichen Betrages genaue Rechnungslegung zu fordern.

Die deutschen Rechtsputzschästen hatten aber bisher noch eine andre Ursache, keine französische Franc zu fälschen; sie haben nämlich in nicht geringem Maße echte französische Franc bezogen. In dem Münchner Ruch-Madras-Prozess ist das für die Organisation Wiking (Nachfolgerin von Consul) einwandfrei festgestellt worden. Auch sonst unterhalten gerade bayerische monarchistische Kreise so gute Beziehungen zum „Erbsind“, daß sie sich diese wohl kaum durch Fälschungen verschaffen würden. Man möchte nach Goethe sagen: Ein deutscher Mann mag seinen Franzosen leiden, doch seine Franken nimmt er gern.

Können wir werden ohne Monarchisten jede Verantwortung für den ungarischen Skandal abkehren. Aber ungarische und deutsche Reaktion waren seit der Revolution eng verbrüderet, ihre internationalen Beziehungen waren fester als die irgendwelcher Arbeiterparteien. In Ungarn fanden die Erzbergermörder Schutz und Zuflucht, in Ungarn die Koppisten Rittwih und Oberst Bauer, mit Ungarn konspirierte Herr Ludendorff. In ungarischen Heere kämpften deutsche Vorkriegs-Offiziere zu helfen. Die enthaltene Schande der ungarischen Monarchisten ist die enthaltene Schande der deutschen Monarchisten! Die Diktatur, von der man uns Rettung unter Staatsverweigerung verspricht, enthält sich als ein Abgrund des strupellosesten Verbrechertums. Individuelle Verbrecher gibt es in allen Ländern, unter jeder Staatsform. Aber den Staat selber zum Träger und

Schüler des Verbrechertums zu machen, das ist der Staatsform der Diktatur vorbehalten gewesen.

Prinzen, Bischöfe, Markgrafen, Barone

N. Budapest, 6. Januar. (Eig. Draht.) Die Liste der mit der Fälscheraffäre in Verbindung stehenden Personen nimmt immer größeren Umfang an. Am Mittwoch wurden die Namen des Bischofs Ottokar Brokajka und des Markgrafen Pallavicini genannt. Da Prinz Windischgrätz und der Polizeichef Rodoff widersprechende Angaben gemacht haben, sind sie am Mittwoch einander gegenübergestellt worden. Gauschungen wurden abgehalten bei den Abg. Gömbös, Eckhard sowie bei dem Baron Berenna. Es verlautet, daß hinter dem flüchtigen ehemaligen Minister Grafen Esch und seiner Gemahlin ein Stedbrief ertauscht worden ist.

Vor dem Loschlagen

A. Wien, 7. Januar. (Eigener Funkpruch.) Aufregende Nachrichten kommen aus Budapest. Danach soll der nationalsozialistische Bandenführer Gömbös in die Provinz gereist sein, um seine Prätorianergarde zum Marsch nach Budapest zu sammeln. In den Kreisen der Regierung wird für die nächsten Tage ein Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Gömbösbanden erwartet. Die Legation plant, um Gömbös zuvorkommen, schon jetzt den jungen Otto von Habsburg (Sohn des letzten Karl) zum König auszurufen und eine Regentenschaft für diesen Minderjährigen einzusetzen.

Die Filiale in Maffolinien

D. Berlin, 7. Januar. (Eig. Funkpruch.) Wie das Berliner Tageblatt zu berichten weiß, sollen die ungarischen Banknotenfälscher auch in Maffolinien und zwar in Verbindung mit dem Sekretär des Mailänder Ungarvereins, ihr Halbjahres abzugeben gewußt haben. Es werde behauptet, daß es ihnen in Mailand gelungen sei, für 200 000 Lire falsche französische Banknoten auszugeben. Im ganzen soll es sich um vier ungarische Banden handeln, die in Oberitalien tätig waren. Zwei der Fälscher, die in Mailand gemahnt haben, seien die ungarischen Abgeordneten der extremen Rechten, Eckhard und Maia.

Rom, 6. Januar. In einem tiefen Kängel wurde der ungarische Banknotenfälscher Willo wski verhaftet. Die Unter-

Koalitionschmerzen

Die Deutsche Volkspartei vertritt nichtigstlos die Interessen des Großkapitals, ein Geschäft, das man um so besser betreiben kann, wenn man sich in schöne Phrasen einhüllt und so tut, als ob man das ganze Volk in sein Herz geschlossen hätte. Das hindert die Deutsche Volkspartei nicht daran, wenn es irgendwo geht, mit den deutschnational-agrarischen Reaktionen eine Einheitsfront gegen das werktätige Volk zu bilden, aber wenn man einmal mit den lieben Brüdern von rechts infolge ihrer unbeschränkten außenpolitischen Borniertheit nicht zu Rande kommt, dann kommt wieder einmal die schöne Predigt von der Volksgemeinschaft.

Man hört nichts mehr davon, daß die Deutsche Volkspartei einst auszog, um das deutsche Volk von roten Ketten zu befreien, ja, sie ist unter Umständen sogar bereit, sich die sonst so bekämpfte Sozialdemokratie dienstbar zu machen und mit ihr gemeinsam eine Regierung zu bilden. Nach den unangenehmen Erlebnissen, die die Leute von der Deutschen Volkspartei mit den Namen des Herrn Bestary gemacht haben, besteht bei ihnen offenbar jetzt wieder ein erhöhtes Bedürfnis, Friedensschalmeien ertönen zu lassen, und vor einigen Tagen verkündete Herr Heinz in einer Verammlung seiner Partei in Freital seinen gläubig aufhorchenden Parteigenossen folgende ebenso tiefgründige wie neue Weisheiten:

„Man soll nicht immer nur Parteihaf predigen. Die Parteien müßten versuchen, miteinander auszukommen. Auf eine wirkliche Gemeinschaft des Volkes hinzuwirken, müßte ihr höchstes Bestreben sein.“

Ausgeredet Herr Heinz, der sich im Herbst 1923 zum Dreizehntel-Diktator für Sachsen hergegeben hat, dessen brutale Aktionen gegen die damalige sozialistische Regierung bei den Volkswahlen die schärfste Empörung hervorgerufen mußte. Nicht auf Worte kommt es an, Herr Heinz. Dem Mann, der im Jahre 1923 sozialdemokratische Wähler von einem Leutnant und zehn Mann aus dem Ministerium herauszuführen ließ, soll man glauben, daß er es ernst meint, wenn er die Volksgemeinschaft empfiehlt und gegen den Parteihaf predigt? Wir sind von den Volksparteilern manche Heuchelei gewohnt, aber das ist bisher zu viel!

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dr. Koch, hielt am Mittwoch auf der Landesversammlung der württembergischen Demokraten das Hauptreferat. Der weitestgehende Teil seiner Ausführungen bildete ein Appell an die Sozialdemokratie, sich mit den andern republikanischen Parteien in einer Regierung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Die Deutsche Volkspartei sei hierzu bereit. Sie könne, ohne Streikraum zu bevorzugen, in absehbarer Zeit keine Politik mit den

Deutschnationalen mehr treiben. Infolgedessen sei die Erinnerung an die Haltung der Volkspartei im Jahre 1923 heute nicht maßgebend. Im übrigen erinnerte Koch an die Verhältnisse in Preußen und stellte fest, daß sich hier die Sozialdemokratie in der Großen Koalition durchgesetzt habe, weil sie durch die richtigen Männer in der Regierung vertreten sei. Er schloß mit den Worten: „In dieser Stunde richten wir den letzten Appell an die große Sozialdemokratische Partei, uns nicht im Stich zu lassen. Wenn sie trotzdem auf die Mitarbeit verzichtet, wird dem Parlamentarismus eine tiefe Wunde geschlagen.“

Herr Koch vergißt einiges. Erstens gibt es für die Volkspartei keinen Appell, den sie nicht zu leisten vermöchte, ganz gleich, ob sie dabei Herrn Stresemann desavouiert oder nicht. Zweitens wird dem Parlamentarismus eine noch tiefere Wunde geschlagen, wenn sich die Sozialdemokratie mit in ein Kabinett setzt, das zu wirklichen Reformen unfähig ist. Die Spuren von 1923 (schreden) die nur der Parlamentarismus in den Reihen der Arbeiter betart diskreditiert wie damals.

Seute, am Tage der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Luther nach Berlin nimmt die Germania Stellung zur Regierungskrise, um noch einmal zu verklären, daß Wiederzusammentritt des Reichstages werde das Zentrum erneut verlangen, daß die Große Koalition geschlossen wird. Das Blatt fährt dann fort:

„Es sind Stimmen in unsern Reihen laut geworden zu der Frage, was das Zentrum tun soll, wenn die Große Koalition nicht zustande kommt. Wir haben es aus arthen, und innerpolitischen Gründen für unmöglich, daß das Zentrum eine Regierung unterstützt, die auf den guten Willen und die Duldsamkeit der Deutschen Nationalen angewiesen ist. Das Gebührende bedeutet Abhängigkeit — Abhängigkeit in der Außen- und Innenpolitik. Beides ist für das Zentrum unerträglich. Im Jahre 1925 haben wir es gesehen, wie gefährlich die Bundesgenossenschaft der Rechten einer gradlinigen Außenpolitik und einer Zentrumspolitik werden kann. Für das Zentrum gibt es in diesem Reichstag nur eine Parole: Große Koalition.“

Das Blatt schlägt dann vor, diesmal ernst zu machen mit der schon wiederholt vorgeschlagenen Methode, daß der neue Kanzler sich keine Minister aus den für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien heilt, wobei die Fraktionen erklären, keinen ihrer Vorkandidaten einen Stein in den Weg legen zu wollen, wenn ein Aufbruch. Die Frage der Bindung der Fraktionen an ein so zustande gekommenes Kabinett könne dabei zunächst offen bleiben.

Die Sozialdemokratie muß auch diesen Weg rundweg ablehnen. Wenn sich die Fraktionen — wer soll denn dann der Vorkandidat für die betriebene Politik verantworten? Eine merkwürdige Auffassung von Parlamentarismus, was die Germania möglich verfinde!